

Aktionäre sollen über Saläre richten

Schweizer Pensionskassen beantragen Konsultativabstimmungen bei Grosskonzernen



30 Millionen
Daniel Vasella
Novartis



22,3 Millionen
Brady Dougan
Credit Suisse



21,6 Millionen
Franz Humer
Roche



18,7 Millionen
Peter Brabeck
Nestlé



15,1 Millionen
Jacques Aigrain
Swiss Re



14,5 Millionen
Norbert Platt
Richemont



12,4 Millionen
James Schiro
Zurich FS



10,9 Millionen
Lawrence Howell
EFG International



10,3 Millionen
Rory Tapner
UBS



10,2 Millionen
Ernst Tanner
Lindt & Sprüngli

Fette Saläre. Novartis-Lenker Daniel Vasella war auch 2007 wieder der bestbezahlte Schweizer Manager – er bezog rund 30 Millionen Franken.

DANIEL ZULAUF

Auch in den Schweizer Unternehmen sollen die Aktionäre bei der Entlohnung der Manager mitreden dürfen. Das ist das Anliegen der Genfer Vorsorgestiftung Ethos. Sie fordert mit Blick auf die nächsten Generalversammlungen bei fünf Grossfirmen Konsultativabstimmungen.

Dominique Biedermann lässt einfach nicht locker. Der Leiter der Genfer Pensionskassenstiftung Ethos, der sich seit Jahren als Kämpfer für Transparenz und saubere Gewaltentrennung in den Schweizer Unternehmen profiliert, will zusammen mit einer Gruppe verbündeter Kassen mehr Mitbestimmungsrechte für Aktionäre in Salärfragen erzwingen. Im Frühjahr, an den ordentlichen Generalversammlungen der fünf Grossunternehmen ABB, Credit Suisse, Nestlé, Novartis und UBS will Biedermann Konsultativabstimmungen erzwingen, in denen es allein um den Vergütungsbericht geht.

SELBSTREGULIERUNG. In der bisher gängigen Praxis legt der Verwaltungsrat der meisten Unternehmen seinen Aktionären den Vergütungsbericht nicht einzeln sondern nur zusammen mit der Jahresrechnung vor. Lediglich drei der 48 von Ethos untersuchten Firmen liessen ihre Aktionäre getrennt abstimmen, obwohl diese Vorgehensweise vom Dachverband der Schweizer Wirtschaft Economiesuisse als «best practice» bezeichnet wird. Für Biedermann ist allein schon dieser Umstand ein Beleg, dass die vielgepriesene Selbstregulierung in Salärfragen nicht funktioniert. Ethos hat ihre Anträge auf Konsultativabstimmungen zuhänden der Generalversammlungen der fünf

genannten Grossfirmen bereits eingereicht. Unterstützt wurde sie dabei von Beamtenpensionskassen verschiedener Schweizer Städte (Zürich, Genf) und Kantone (Aargau, Luzern, Genf Jura) sowie von der Pensionskasse der Postangestellten und den Vorsorgefonds der Bank Pictet. Das gemeinsame Vorgehen war nötig, um bei allen Firmen auf die für eine Antragsstellung nötige Anzahl Aktien zu kommen.

VORWÄRTS. Biedermann begründet das Vorgehen mit dem langsamen Prozess in der Gesetzgebung. Die eben erst angelegene Revision des Obligationenrechtes werde wohl noch einige Jahre in Anspruch nehmen, sagt er. «Dafür haben wir jetzt einfach keine Geduld mehr.» Die Gesetzesrevision geht ihm aber auch inhaltlich zu wenig weit. Sie sieht lediglich vor, dass sich Verwaltungsräte jährlich einer Wiederwahl stellen müssen. Damit soll den Aktionären die Möglichkeit gegeben werden, regelmässig zu Leistungen und Vergütungen Stellung zu nehmen. Die UBS hat den jährlichen Wahlmodus eben erst eingeführt. Trotzdem verlangt Biedermann auch da eine Abstimmung zum Vergütungsbericht.

Der Ethos-Ansatz ist eine pragmatische Alternative zur Extremforderung des Schaffhauser Kleinunternehmers Thomas Minder, der die Aktionäre bei der Festlegung von Managerlöhnen direkt mitreden lassen will. Minder hat seine «Abzockerinitiative» mit den nötigen 100 000 Unterschriften im Februar im Eidgenössischen Justizdepartement deponiert und wartet auf den Termin für eine nationale Volksabstimmung.

Die Schweiz sei das einzige Land, in dem die Aktionäre in Lohnfragen kei-

nerlei Kompetenzen hätten, begründet Biedermann sein Anliegen. Dies sei umso nötiger, als falsche Anreize zu gravierenden Fehlern in der Unternehmenspolitik führen könnten. Tatsächlich identifizierte die UBS in ihrem Bericht über die Hintergründe des Subprime-Fiaskos ihr umsatzförderndes Bonus-system als eine der Ursachen für das Debakel.

Nebst der Kompetenz, über den Vergütungsbericht abstimmen zu können, sollten die Aktionäre nach Biedermanns Ansicht auch mehr Informationen über die Struktur der leistungsbezogenen Vergütungspläne erhalten. Insbesondere seien für jede Vergütungskomponente Maximalbeträge offenzulegen. Dies sei nur bei 16 untersuchten Unternehmen der Fall gewesen. Ferner verlangt Ethos, dass Manager ihre zugewiesenen Aktienoptionen nach ihrer meist dreijährigen Laufzeit nicht einfach ausüben dürfen, wenn dafür keine entsprechende Leistung erbracht worden sei. Die UBS-Manager könnten ihre Optionen beispielsweise schon ausüben, wenn der Aktienkurs während der Laufzeit um zehn Prozent gestiegen sei. Das sei klar zu wenig.

UNBESCHIEDEN. Bescheidenheit war auch im Jahr 2007 in den Schweizer Chefetagen nicht angesagt. Ein durchschnittlicher Konzernchef einer Grossfirma erhielt acht Millionen Franken, wobei Credit-Suisse-Chef Brady Dougan mit 23 Millionen Franken obenaus schwang. Novartis-Lenker Daniel Vasella ist weiterhin der bestverdienende Schweizer Manager, während Ex-UBS-Präsident Marcel Ospel als einziger ganz auf Boni verzichtete und «nur» 2,6 Millionen Franken nach Hause trug.

Basler Kassen stehen vorerst abseits

UNKLAR. Die Pensionskasse Basel-Stadt kann die von Ethos beantragten Konsultativabstimmungen über den Vergütungsbericht in Schweizer Grossfirmen vorerst nicht unterstützen. Gemäss Direktor Dieter Stohler ist die PKBS den Anliegen von Ethos grundsätzlich aber zugetan. Die Kasse partizipiert am Ethos Engagement Pool, der Veränderungen im Gespräch mit den Firmenleitungen zu erwirken versucht. Ob sich die Kasse nun auch selber direkt für Aktionärsanliegen stark machen soll, müsse der Stiftungsrat in einer Grundsatzdiskussion bestimmen, sagte Stohler.

Die Pensionskasse des Kantons Baselland steht vorerst abseits. «Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass der Verwaltungsrat für die Vergütung verantwortlich ist», sagt Geschäftsführer Hans Peter Simeon. Die fallweise Beteiligung an einer Intervention nach dem Vorbild von Ethos will er allerdings nicht kategorisch ausschliessen. Pikant ist, dass sich die Pensionskasse der Postbeamten schon jetzt offen auf die Seite von Ethos stellt. Vor drei Jahren, als Ethos bei Nestlé verhindern wollte, dass Peter Brabeck ein Doppelmandat als Konzernchef und Präsident erhält, musste die Post-PK ihre anfängliche Unterstützung für das Anliegen am Tag der GV zurücknehmen. Man spekulierte, dass dies auf Intervention von höchster Nestlé-Ebene geschehen war. dz